

Immer mehr fordern Ausweitung der ärztlichen Versorgung

Die Einwohnerzahlen im Raum Barmstedt sind gestiegen, es leben viele ältere Menschen in unserer Stadt, im Laufe der Jahrzehnte sind aber mehrere Arztpraxen verschwunden. Während der Pandemie sind die Hausarztpraxen zusätzlich schnell an ihre Grenzen geraten. Wegen des Andrangs und der Arbeitsbelastung ist die telefonische Erreichbarkeit eingeschränkt. Warteschlangen vor den Praxiseingängen sind „normal“, neue Patienten werden nicht aufgenommen und selbst für „Bestandspatienten“ ist es nicht leicht kurzfristig einen Termin zu bekommen.

Das Hauptproblem liegt in der generellen Beschränkung der ärztlichen Versorgung in den Kreisen und Städten. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) legt fest, welche Ärzte sich wo niederlassen dürfen. Dabei wird leider nicht berücksichtigt, dass der Kreis Pinneberg flächenmäßig recht groß ist und vor allem Fachärzte sich im Hamburger Rand ansiedeln. Der ländlichere Norden des Kreises bleibt dabei oft auf der Strecke.

Um der Forderung nach Ausweitung der ärztlichen Versorgung aus der Bevölkerung Nachdruck zu verleihen, führt die BALL gemeinsam mit der örtlichen SPD seit Mitte Juni eine Unterschriftenaktion durch. Mittlerweile ist diese Aktion sehr erfolgreich angefallen. **Allein an Informationsständen auf dem Wochenmarkt haben in kurzer Zeit mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger die Forderung nach besserer ärztlicher Versorgung in unserer Stadt unterschrieben.**

Diese Aktion geht in den kommenden Wochen vor den Verbrauchermärkten und in den Wohngebieten weiter.

SPD/GRÜNE/FDP-Regierung gnadenlos:

Ab 1. Oktober nächste Gaspreiserhöhung

Die SPD/GRÜNE/FDP-Regierung hat zum 1. Okt. die nächste drastische Gaspreiserhöhung um weitere rd. 50 % beschlossen! Statt des russischen Gases soll sehr viel teureres Gas woandersher, u. a. US-Frackinggas, beschafft werden. Die Mehrkosten gehen aber nicht zu Lasten der Profite von EON, RWE und anderen, stattdessen besitzt die Ampel-Regierung die Kalkül die Folgen ihrer sinnlosen und klimaschädlichen „Sanktionspolitik“ ein weiteres Mal auf die Bevölkerung abzuwälzen. Zum 1. Okt. sollen die Grundversorger – so die Stadtwerke – eine „Gasbeschaffungsumlage“ sowie eine „Gasspeicherumlage“ auf die



Verbraucher abwälzen. Der Bruttopreis von bislang 14,35 Ct pro Kilowattstunde steigt dann nach Expertenschätzung auf rd. 22 Ct. Das kann niemand bezahlen. Das wird Millionen Menschen, aber

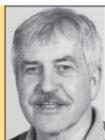
auch zahlreiche Unternehmen in die Existenznot treiben. Jüngste Gutachten rechnen mit Hunderttausenden weiterer Arbeitsloser. Die BALL sagt zu dieser Politik entschieden NEIN und unterstützt die Forderung, die Extraprofite der Kriegsgewinner – Rüstungs- und Energiekonzerne – durch eine „Übergewinnumlage“ abzukassieren. Noch notwendiger aber sind aktive politische Initiativen der Bundesregierung zur Beendigung des Krieges. Und wie lange Bevölkerung, Unternehmen und Gewerkschaften sich das alles noch bieten lassen, ist auch nicht unwichtig

BALL-Antrag in der Stadtvertretung:

Keine Strom- / Gassperren bei sozialer Not!

Im Juli haben viele Haushalte die drastisch erhöhten Abschlagsforderungen für Gas, Strom und Wasser erhalten. Wer noch nicht zu erhöhten Abschlägen aufgefordert wurde, muss mit der Jahresabrechnung mit erheblichen Nachzahlungen rechnen. Allein die monatlichen Abschläge für Gas liegen in Einfamilienhäusern bei oftmals 300,- bis 400,- Euro monatlich. Mieter müssen je nach Größe und Wärmedämmung der Wohnung mit 100,- bis 200,- Euro monatlichen Heizkosten rechnen. Das ist für viele **untragbar** und erfordert massive Gegenwehr! Gegenüber 2021 sind die Gaspreise für die Verbraucher um fast 150 Prozent gestiegen, und weitere drastische Erhöhungen sind zum 1. Okt. angekündigt. (s. Artikel oben)

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



Wesentliche Ursachen für die drastischen Preisanstiege sind:

1) Sanktionen gegen Russland: Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Sanktionen gegen Russland ein Schuss ins eigene Bein sind. Sie konnten den Krieg nicht verhindern und dann nicht stoppen

und sorgten für Preisanstiege am „Markt“. So konnte Russland seine Einnahmen noch steigern, während private Haushalte und Unternehmen unter exorbitanten Preiserhöhungen leiden und die Armut ansteigt. Es gibt auch aktuell keine „Energiekrise“: es könnte jede Menge Gas durch die fertige North Stream II-Pipeline bezogen werden. Stattdessen wird die Einfuhr von extrem umweltschädlichem Frackinggas vorbereitet, die Verbraucher zahlen für den Bau der Leitungen (z. B. von Brunsbüttel nach Hetlingen) und dann den hohen Preis. Das Weiterlaufen von Kohlekraftwerken und – immer häufiger diskutiert – ggf. von Atomkraftwerken sind nur ein Armutszeugnis für die

Umweltpolitik von SPD/GRÜNE/FDP und CDU

2) Weltweite Nachfrage: Nach der Corona-lockdown-Phase ist die weltweite Nachfrage nach Gas erheblich gestiegen, und das nutzen die multinationalen Energiekonzerne für hohe Preise und Milliarden Gewinne.

3) Wetten u. Spekulation: Undurchsichtig und abartig zugleich ist, dass durch Wetten auf steigende Gaspreise diese von großen Finanzinvestoren zusätzlich in die Höhe getrieben werden.

Massive öffentliche Proteste werden erforderlich sein, um die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen: notwendig ist eine beharrliche Friedensinitiative der

Bundesregierung, um den Krieg zu beenden. Notwendig ist die Beendigung der sinnlosen Sanktionen, unter denen große Teile der Bevölkerung leiden. **■** Notwendig ist ein sofortiger Gaspreisdeckel wie in mehreren anderen EU-Staaten. In Deutschland geschieht derzeit das Gegenteil. Durch eine Preisanpassungsklausel werden extreme Preisanstiege für Verbraucherinnen zugelassen.

■ Ganz dringlich ist zudem, dass **Gasversorger, insbesondere Stadtwerke wie in Barmstedt, die den rasanten Preisanstiegen am Markt ausgeliefert sind, vom Bund abgesichert werden.**

■ Wenn ein großer Gashändler wie Uniper in die Krise

gerät, springt der Staat mit 15 Milliardenhilfe ein. Es ist richtig, einen Kollaps der Versorgung zu verhindern. Das muss ebenfalls für die Stadtwerke gelten. Es kann auch nicht sein, dass der Staat unternehmerische Risiken ausgleicht und die Kosten auf die Bevölkerung abwälzt, während andere Unternehmen Milliardenprofite mit der Krise machen.

Für viele Menschen mit normalem Einkommen sind Strom und Gas immer weniger bezahlbar. Zusammen mit dem Verbot von Sperren muss eine bezahlbare Grundmenge für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden.

Die BALL hat bereits in ihrem Kommunalwahlprogramm verlangt, dass niemandem aufgrund von sozialer Not und Zahlungsproblemen die Versorgung mit Gas oder Strom abgeschaltet werden darf. Diese Forderung ist jetzt um so dringlicher.

Die BALL wird in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 6. September einen entsprechenden Antrag einbringen: Keine Strom- und Gassperren bei Zahlungsproblemen.

Eine Bücherei als Begegnungsort

Das Thema „Bücherei-Neubau“ ist keine Diskussion über lediglich einen Standortwechsel der Kultureinrichtung, sondern die vielleicht einmalige Gelegenheit „den Wischhof“ als ein größeres Projekt für Barmstedt zu betrachten. Es geht nicht um einen exorbitanten Neubau nach „skandinavischem Modell“, sondern lediglich um die empfohlenen 678 Quadratmeter des Schleswig-Holsteinischen Büchereiverbandes, die für eine Stadt mit der Größe Barmstedts schon lange nötig wären. Der Wischhof böte die Möglichkeit, diese Fläche neu und moderner zu gestalten. Außerdem könnten auf einen ebenerdig angelegten Bau für die Bücherei noch kommunale Wohnungen entstehen, die dringend gebraucht werden.



Thekla Ziesenitz

Im Holstenring, der ebenfalls zur Diskussion steht, ist die Möglichkeit eines Anbaus an das alte Gebäude mit maroder Bausubstanz angedacht. Auch ein Anbau würde den Mitarbeiterinnen der Bücherei nicht den Raum bieten, um all das anbieten zu können, was in anderen Städten ähnlicher Größe



schon angeboten wird. Denn die Gesamtfläche wird aufgrund der räumlichen Lage begrenzt bleiben, ebenso wie eine Barrierefreiheit.

Die Innenstadt als Bücherei-standort ist eindeutig ein Pluspunkt für zum einen die Bücherei und Barmstedt insbesondere. Damit begegnen wir aktiv der Gefahr des Aussterbens unserer Innenstadt, denn die besteht weiterhin. Warum nicht die Innenstadt mit einer Bücherei in ihrer eigentlichen Funktion als Literaturversorger und Kultureinrichtung und zudem als Begegnungsort erweitern? Ein zentral gelegenes Gebäude, in dem man nicht nur Bücher und andere Medien entleihen, sondern sich auch begegnen kann, um gemeinsam etwas zu erleben. Das ist im jetzigen Gebäude am

Holstenring nicht möglich und wird auch mit aufgestockter Quadratmeterzahl noch schwierig bleiben. Für Basisangebote, wie etwa Büchereieinführungen für Kindergartengruppen und Schulklassen, ist so gut wie kein Platz. Ähnlich ist es bei anderen Angeboten, wie Lesungen oder Workshops. Gerne würden die Schulen enger und konstanter mit der Bücherei zusammenarbeiten, ein Besuch im ersten Schuljahr und der Erhalt des Leseausweises alleine reichen da nicht aus. Und von der Zusammenarbeit würden beide profitieren – die Bücherei bekäme neue interessierte Kundschaft und die Schulen erführen neue Lernorte.

Auch für alle anderen, wie etwa die Seniorinnen und Senioren, entstünde ein neuer Platz

und böte Platz für neue Synergien. Warum nicht Lesestunden oder Lesungen von Schülern für ältere Bewohner aus Barmstedt oder der Umgebung? Oder umgekehrt. Dafür hat Barmstedt als Kleinstadt mit einer Einwohnerzahl von knapp über zehntausend Einwohnern doch alle Voraussetzungen.

Ein modernes, barrierefreies und ökologisch durchdachtes Gebäude am Wischhof wäre ein zentraler Anlaufpunkt und verspräche Aufenthaltsqualität und Belebung der Innenstadt. Familien könnten vor oder nach dem Einkaufen kurz oder auch lang in der Bücherei verweilen. Oder die Kinder besuchen die Bücherei und die Eltern kaufen ein und bleiben noch in der Innenstadt gebunden. Alles ist fußläufig erreichbar. Ältere Kinder verabreden sich an oder in der Bücherei.

Solche Orte der Begegnung fehlen uns in Barmstedt noch. Und auch eine Vernetzung von zum Beispiel Schule, Bücherei und Senioreneinrichtungen wäre ein Schritt in diese Richtung, ein Mit- und Füreinander.

Die BALL befürwortet einen attraktiven, angemessenen und den Empfehlungen entsprechenden Neubau am Wischhof. Damit Barmstedt weiterhin ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort im Kreis bleibt.

Gegen einen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich schweigen!

In der Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022 heißt es:

„Mit unseren Aktionen und Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der Debatte. Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht. Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen. Noch darf sie dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische

Transformation ausbleiben. Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen: Gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig es ist, am Ziel einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten. Die Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken, lehnen wir auch deshalb entschieden ab. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten Rüstungsexportkontrollgesetz umgehend für eine deutliche Beschränkung von Waffenexporten zu sorgen.“



Sportstättennutzungsgebühren: Abschaffen

Eine sehr lange Zeit erhob die Stadt von den Sportvereinen keine Sportstättennutzungsgebühren. Das war wichtig, um die Mitgliedsbeiträge möglichst niedrig zu halten, so dass möglichst alle am Kinder- und Erwachsenensport teilhaben können. Immer wiederkehrende Vorstöße wurden von den Vereinen vor allem mit Unterstützung durch BALL und FWB abgewehrt. 2015 gab die Stadtvertretung – nicht jedoch die BALL-Fraktion – dann dem Druck der Kommunalaufsicht nach und bat die Sportvereine über einen Zeitraum von fünf Jahren mit rd. 9.000,- Euro jährlich zur Kasse. Seit 2021 sind die Sportstättennutzungsgebühren nach Gegenwehr der in der „Sportstadt Barmstedt“ kooperierenden Vereine vorerst wieder ausgesetzt, u. a. auch weil wegen der Corona-Einschränkungen der Sportbetrieb lange Zeit nicht oder nur eingeschränkt möglich war. Ab 2023 kommt auf die Sportvereine eine weitere Ungewißheit zu, welche Auswirkungen eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes für die Vereine hat.

Der beste Weg, um für die Sportvereine mit ihren gut 3.000 Mitgliedern Klarheit zu schaffen und auf die Erhebung von Sportstättengebühren dauerhaft zu verzichten, besteht in einer Änderung der „Nutzungs- und Entgeltordnung der Stadt für die Sportanlagen der Stadt Barmstedt“. Dort muss durch Streichung von zwei Sätzen in § 7 die Erhebung von Sportstättennutzungsgebühren abgeschafft werden. Am 1. Sept. 21 haben die Fraktionen von BALL und FWB einen entsprechenden gemeinsamen Antrag im Ausschuss f. Schule, Kultur und Sport eingebracht. Dieser Antrag scheiterte knapp, weil nicht alle mitstimmen durften. Die BALL ist der Auffassung, dass noch in diesem Jahr die Stadtvertretung darüber beschließen sollte. Da auch Vertreter anderer Fraktionen in den Vorberatungen sich für die entgeltfreie Nutzung der Sportanlagen ausgesprochen haben, dürfte es eine breite Mehrheit für die Förderung des Jugend- und Erwachsenensports geben.

Stadthaushalt: Nichts mehr da

Jetzt liegt der Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2021 vor. Die Stadt hat, wenn Einnahmen und Ausgaben verrechnet werden, einen Verlust von rd. 2,2 Mio. Euro (2020: 1,4 Mio) gemacht. Wenn man Sarkasmus liebt, kann das als gutes Ergebnis angesehen werden, da der Haushaltsplan für 2021 von einem Verlust von rd. 6,8 Mio Euro ausging. Die BALL kritisiert, dass mit derart unrealistisch überhöhten Defiziterwartungen Druck auf Ausgaben für Personal, Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen gemacht wird. Letztlich das Wesentliche: Das tatsächliche Eigenkapital der Stadt (ohne eine Sonderrücklage) schmilzt durch den Jahresverlust auf rd. 1,2 Mio. Euro zusammen. Da der Haushaltsplan für 2022 einen Jahresverlust von rd. 3,1 Mio Euro vorsieht, ist absehbar, dass Ende dieses Jahres das Eigenkapital der Stadt im günstigsten Fall weg ist. Für die kommenden Jahre ist keine Besserung in Sicht. Tröstlich ist, dass viele Gemeinden in einer ähnlich prekären Situation stecken. Die von der CDU/Grünen/FDP-Landesregierung durchgeführte Gemeindefinanzreform hat außer Worten nichts gebracht. Die Ursachen der Finanznot in Barmstedt liegen nicht in Barmstedt: Es werden die höchsten Steuern erhohen,

die Ausgaben beschränken sich in vielen Bereichen – wenn überhaupt – auf das Mindeste, viele Ansätze sind seit Jahren eingefroren. Die Gemeinden erhalten zur Bewältigung ihrer Aufgaben zu geringe Steueranteile am staatlichen Gesamtaufkom-

men, und das muß sich ändern. Überfällig ist ein Schuldenschnitt für besonders finanzschwache Kommunen. Statt mit einem 100 Mrd. Euro Sondervermögen und einer Erhöhung der jährlichen Rüstungsausgaben auf mindestens 2 % die Kriegswirtschaft

anzukurbeln, kann mit einem Bruchteil dessen die Finanznot der Kommunen wirkungsvoll gelindert werden, so dass diese ihren Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes, der Bildung und der Hilfe bei sozialer Not besser nachkommen können.

Vorerst auf Eis gelegt

Derzeit fehlen ca. 500.000 Wohnungen. So steht es in einer Studie, die von einem Bündnis aus Mietervereinen, Sozialverbänden und Bauwirtschaft in Auftrag gegeben wurde. Der Grund für die Wohnungsknappheit liegt in den Fehleinschätzungen und Versäumnissen der Bundesregierungen in den letzten 20 Jahren. Nun müssten dringend mehr Wohnungen gebaut werden – vor allem mehr Sozialwohnungen, so das Bündnis. Ständig steigende Mieten sind die „Antwort des Marktes“ auf diesen Mangel. Die Mietkosten liegen inzwischen um bis zu 45 Prozent über denen von 2015. Für die fehlenden Sozialwohnungen bezahlt der Staat indirekt durch immer höhere Mietzuschüsse. Um die Wohnungsknappheit zu verringern sah sich die

neue Bundesregierung gezwungen, bis 2025 jährlich 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 Sozialwohnungen einzuplanen. Doch um das Ziel zu erreichen, braucht es jetzt deutlich mehr Geld als bislang vorgesehen. Gestiegene Transportkosten, Baumaterialien und der Arbeitskräfteeinsatz: Alles, was zum Neubau gebraucht wird, ist teurer geworden. Deshalb befürchten zahlreiche Wohnungsbau- und Baugesellschaften, die Neubaulandprojekte nicht angehen zu können, die sie für 2022 geplant hatten. So teilte es auch die GKB – Baugenossenschaft Pinneberg in einem Infobrief an die betroffenen Bewohner in der Königsberger Straße mit.

Die GKB will die Reihenhäuser aus den fünfziger Jahre abreißen und durch neue Reihenhäuser

und Wohnblocks ersetzen. Ein Teil der alten Häuser wurde bereits abgerissen. Die in den letzten Jahren von der Stadt dafür erarbeiteten Bebauungspläne, die Berechnungen, Planzeichnungen sowie die Baugenehmigung liegen mittlerweile vor. Nach aktuellen Kalkulationsangeboten würde das Bauvorhaben bereits im 1. Bauabschnitts (die Errichtung von 3 Wohnblocks) rund 2,7 Millionen Euro mehr kosten als ursprünglich vorgesehen. Die gewaltigen Mehrkosten kann die Baugenossenschaft derzeit nicht tragen und hat den Baubeginn zunächst ausgesetzt. Dazu heißt es im einem Infoschreiben: „Wir stehen quasi in den Startlöchern und werden bauen, wenn es die Lage wieder zulässt. Wann das sein wird, kann niemand vorher-sagen.“